

BR/GT I/59 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 16. September 1970
BR/GT I/59/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"
der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Artikel 62 Nr. 2 und Nr. 3, Artikel 63 Nr. 1,
Artikel 64 Nr. 1 und Nr. 2, Artikel 66 Nr. 1.

(vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/59 a/70

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte und Staatsanwaltschaften der Ver-
tragsstaaten

(1) Die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten können in Verfahren, die bei ihnen anhängig sind, Dritten Einsicht in die vom Europäischen Patentamt übermittelten Akten europäischer Patentanmeldungen oder europäischer Patente gewähren. Die Akteneinsicht wird nach Massgabe der Vorschriften des Artikels 162 des Übereinkommens gewährt; die in Artikel 162 Absatz 3 des genannten Artikels vorgesehene Gebühr wird jedoch nicht erhoben.

(2) Das Europäische Patentamt weist die Gerichte und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten bei der Uebermittlung der Akten auf die Beschränkungen hin, denen die Gewährung der Einsicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents an Dritte in Anwendung des Artikels 162 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens unterworfen sind.

Bemerkung:

Der Artikel des Übereinkommens, in dem die Akteneinsicht behandelt wird, ist von der Arbeitsgruppe I noch nicht ausgearbeitet worden.

BR/GT I/59 d/70

.../...

Zu Artikel 62
(früher Artikel 64)

Nummer 3

Kosten im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den
Behörden der Vertragsstaaten

Die Kosten, die durch Mitteilungen in Anwendung des Artikels 62 des Uebereinkommens entstehen, sind von der Behörde zu tragen, die die Mitteilung gemacht hat.

Bemerkung:

Dieser Artikel enthält keine Abweichung von den Bestimmungen des Artikels 180 des Uebereinkommens, die auf die Erstattung technischer Gutachten anzuwenden sind.

Zu Artikel 63
(früher Artikel 65)

Nummer 1

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt die nationale Behörde, der das Europäische Patentamt das Ersuchen um Rechtshilfe zu übermitteln hat, und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 das weitere Verfahren, das bei der Durchführung des Ersuchens um Rechtshilfe anzuwenden ist.

(2) Das Europäische Patentamt fasst Rechtshilfeersuchen in der Sprache des ersuchten Gerichts ab oder fügt den Rechtshilfeersuchen eine Uebersetzung in diese Sprache bei.

[(3) Artikel 11 bis 14 und 16 des Haager Uebereinkommens über den Zivilprozess vom 1. März 1954 sind entsprechend anzuwenden.]

Bemerkungen:

1. Es sollte geprüft werden, ob das in Absatz 3 genannte Haager Uebereinkommen für alle Staaten der Regierungskonferenz in Kraft getreten ist.
2. Die Vertreter der Justizministerien sollten auf diese Vorschrift besonders hingewiesen werden.

Zu Artikel 64
(früher Artikel 66)

Nummer 1

Einreichung europäischer Patentanmeldungen

Die Einreichung europäischer Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt und bei den in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens genannten Behörden kann unmittelbar oder durch die Post bewirkt werden.

Zu Artikel 64
(früher Artikel 66)

Nummer 2

Tag des Eingangs der Unterlagen der europäischen Patentanmeldungen

(1) Die in Artikel 64 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Behörden vermerken auf den bei ihnen eingereichten, in Artikel 66 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten, Unterlagen den Tag des Eingangs dieser Unterlagen.

(2) Diese Behörden erteilen dem Anmelder unverzüglich eine Empfangsbescheinigung, die zumindest die Nummer der Anmeldung und den Tag enthält, der gemäss Absatz 1 vermerkt worden ist.

(3) Die in Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b des Uebereinkommens genannten Behörden übersenden dem Europäischen Patentamt unverzüglich ein Doppel der in Absatz 2 vorgesehenen Empfangsbescheinigung oder einen Auszug aus dieser Bescheinigung, die zumindest die in Absatz 2 vorgesehenen Angaben enthält.

Bemerkung:

Wie in Regel 20.1 PCT-Verfahrensregelung ist in den Absätzen 1 und 2 der "Tag" des Eingangs und nicht - wie im Vorentwurf von 1964 - die Stunde und Minute dieses Eingangs vorgesehen. Daher stellt sich die Frage des Eingangs ausserhalb der Dienststunden nicht mehr.

Zu Artikel 66
(früher Artikel 68)

Nummer 1

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

(1) Der Antrag auf Erteilung des europäischen Patents ist schriftlich auf einem vom Europäischen Patentamt vorgeschriebenen Formblatt einzureichen. Vorgedruckte Formblätter werden von den in Artikel 64 Absatz 1 des Uebereinkommens genannten Behörden gebührenfrei zur Verfügung gestellt.

(2) Der Antrag muss enthalten:

- a) ein Ersuchen auf Erteilung eines europäischen Patents;
- b) die Bezeichnung der Erfindung, die kurz und genau ist und keine Phantasiebezeichnung enthält;
- c) den Namen, die Anschrift, die Staatsangehörigkeit und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Anmelders.

Bei natürlichen Personen sind Familienname und Vornamen anzugeben, wobei der Familienname vor den Vornamen zu stehen hat.

Bei juristischen Personen und juristischen Personen gemäss dem für die massgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften ist die amtliche Bezeichnung anzugeben.

Anschriften sind in der Weise anzugeben, dass die üblichen Anforderungen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift erfüllt sind. Sie müssen in jedem Fall alle massgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls bis zur Hausnummer einschliesslich, enthalten. Gegebenenfalls sollen Telegramm- und Telexanschriften und Telefonnummern angegeben werden.

- d) falls ein Vertreter bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Massgabe von Buchstabe c;
- e) gegebenenfalls eine Erklärung, dass mit der Anmeldung die Erteilung eines Zusatzpatents begehrt wird oder dass es sich um eine Teilanmeldung handelt. In diesem Fall sind in Antrag die Nummer der Patentanmeldung [oder des Patents] anzugeben, auf welche sich die Patentanmeldung bezieht;

Bemerkung:

Die Aufrechterhaltung der Worte in eckigen Klammern wäre nur dann gerechtfertigt, wenn das Uebereinkommen die Teilung des Patents während des Einspruchsverfahrens zulässt.

- f) im Falle des Artikels 16 des Uebereinkommens die Nummer der früheren Patentanmeldung;
-